wegischen Gesetzbüchern vermissen lassen. Seeböhm legt zu viel Gewicht auf rein äußerliche Gleichheiten; denen nicht auch innere Übereinstimmung entspricht.

München.

v. Schwerin.

Hermann Wopfner, Das Almendregal des Tiroler Landesfürsten. (Forschungen zur inneren Geschichte Österreichs, herausg. von Prof. Dr. A. Dopsch.) Innsbruck 1906. 170 S.

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, „das dem Landesfürsten auf Grund seiner Landeshoheit zustehende Recht an der Almend seiner Natur und seinem historischen Werdegang nach darzustellen“. Dementsprechend behandelt er im ersten Teil „die Substanz der Almend und deren Nutzung, im zweiten „die Entstehung des landesfürstlichen Almendregals“. Der dritte, umfangreichste, Teil ist einer Darlegung der Rechte des Landesfürsten an den einzelnen Bestandteilen und Nutzungen der Almend gewidmet. „Die Verwaltung des fürstlichen Almendregals“ beschreibt der vierte Teil, während der Schlußabschnitt die Stellungnahme der Untertanen zum Almendregal untersucht.

W. leitet seine Arbeit ein mit einer Erörterung des Begriffes „Almend“, für den er als charakteristisch bezeichnet „die gemeinsame Nutzung durch die Berechtigten und die — wenn auch vielfach durch landesfürstliche und grundherrliche Verordnungen eingeschränkte — gemeinsame Verwaltung der Almende durch die Genossenschaft der nutzungsberechtigten Mitglieder“. Nicht aber sei von einem „nur in der Minderzahl der Fälle“ tatsächlich gegebenen „Eigentum der Gemeinde an der Almend zu sprechen“. Und zwar aus zwei Gründen. Erstens, weil „im früheren Mittelalter die Auffassung der Gemeinde als juristischer Person noch nicht durchgedrungen war“, zweitens, weil „das Eigentum an der Almende im Laufe der Zeit in die Hände einzelner Personen überging“. Beide Gründe erscheinen zutreffend, der zweite allerdings nur bei entsprechenden tatsächlichen Verhältnissen. Aber offen bleibt die Frage, in wessen Eigentum die Almend denn stand, wenn nicht einzelne Personen die Eigentümer waren. Stand sie im Gesamteigentum der „nutzungsberechtigten Mitglieder“? An der Beantwortung dieser Frage hätte W. umsoweniger vorübergehen sollen, als das von ihm benutzte Quellenmaterial größtenteils noch nicht zu ihrer Lösung verwertet ist. Auch wäre es vielleicht besser gewesen, schon an dieser Stelle hinzuzufügen, wer denn die „nutzungsberechtigten Mitglieder“ sind. Erst später erfahren wir, daß „der Besitz einer eigenen Wirtschaft und eines eigenen Grundbesitzes in der Gemeinde“ Voraussetzung der Gemeindenutzung ist.

In der Frage des Alters der tirolischen Almenden, die im schwäbischen Gebiete „Almend“, im bairisch-österreichischen aber „gemain“ genannt werden, tritt W. der herrschenden Meinung entgegen, die die Entstehung der tirolischen Almendverfassung in eine verhältnismäßig

späte Zeit verlegen will. Er stützt sich zum Beweise des Vorhandenseins der Almenden „spätestens im 10. Jahrhundert“, auf die Pertinenzformeln in den Besitzveränderungsurkunden und auf die Wirtschaftsverfassung. M. E. mit Recht. In der Tat erscheinen schon in Urkunden aus der Mitte des 10. Jahrhunderts als Pertinenz von Gütern Rechte aufgezählt, insbesondere Jagd- und Fischereirechte, die sich namentlich unter Heranziehung der von W. benutzten Schweizer Urkunde als Almendnutzungen erkennen lassen, und auch die Berufung auf das da und dort herrschende Dorfsystem ist wenigstens für diese Gebiete gerechtfertigt.

Ferner spricht W. über die Arten der Nutzung und ihre wirtschaftliche Bedeutung, endlich über die Grenzen des Almendbezirks. Diese „fallen häufig mit jenen der Gerichte zusammen, zuweilen aber auch mit jenen der Pfarrgemeinde. Häufig haben sich jedoch die großen Almendbezirke in eine Reihe kleinerer Dorfalmenden aufgelöst oder es haben letztere von Anfang an eine selbständige Entwicklung aufzuweisen.“ Hier möchte man eine Erweiterung der Darstellung wünschen, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß sie durch die Aufgabe des Buches nicht gefordert wird.

In der Frage der Entstehung des landesfürstlichen Almendregals basiert W. auf der Tatsache, daß das Volksland übergegangen ist in Königsland, daß der König an der Almend das „Obereigentum“ hatte, den Almendgenossen nur ein „Nutz Eigentum“ zustand. Von hier aus sieht W., da eine Verleihung des Almendregals an die Landesfürsten nicht erweislich ist, für dessen Übergang auf sie zwei Wege: „Entwicklung des landesfürstlichen Almendregals im Zusammenhang mit grundherrlichen Rechten oder in Verbindung mit den gräflich-gerichtsherrlichen Gerechtsamen.“ Mit Recht lehnt er sodann den erstgenannten Weg ab und leitet das Almendregal aus den gräflich-gerichtsherrlichen Rechten ab, in gut fundierter aber leider etwas unklarer Beweisführung. Der ganze Vorgang ist wohl so zu denken, daß schon solange noch das königliche Almendregal dem landesfürstlichen nicht gewichen war, eine enge Verbindung zwischen der Ausübung der Regalrechte und der Gerichtsbarkeit stattfand. Als dann der Landesfürst die Gerichtsherrlichkeit erwarb, fuhren die Gerichtsherrn in der Ausübung des Almendregals fort, der Landesfürst aber, der so unbemerkt auch in dieser Beziehung an die Stelle des Königs trat, suchte dieses Regal für sich allein zu erhalten und so entstanden die Streitigkeiten zwischen Landesfürst und Gerichtsherrn über die Ausübung des Almendregals. Insoweit allerdings Gerichtsherrlichkeit unabhängig vom Herzog bestand, mußte eine „Usurpation“ eintreten. Das ist wohl auch die Auffassung W.s, sofern ich seine Ausführungen richtig verstanden habe.

Der größte, dritte, Teil der Arbeit handelt sehr gründlich von den Einzelheiten in Bestand und Umfang des landesfürstlichen Almendregals. W. zeigt hier zum Teil auf Grund noch ungedruckten archivalischen Materials, das er in den Beilagen wiedergibt, zum Teil auf

Grund der Weistümer, wie sich das Almendregal in der praktischen Durchführung geäußert und weiter entwickelt hat. So z. B. weist W. nach, daß sich aus dem landesfürstlichen Recht am Almenwald, ein selbständiges Regal, das landesfürstliche Waldregal, herausgebildet hat, das dann seine Wirkung auch auf die Eigenwälder der Untertanen ausdehnte und bis zu Enteignungen führte. Auch der Entstehung eines allgemeinen landesfürstlichen Jagdregals war das Jagdrecht im Almenbezirk förderlich. Interesse heischen die Ausführungen über die beinahe gewaltsame Art, in der der Landesfürst allmählich die selbständigen Jagdgerechtsame der Untertanen mit geringer Ausnahme beseitigte und von landesfürstlicher Verleihung abhängig machte, bis Maximilian I. sogar das bis dahin unbestrittene Jagdrecht des Adels zu vernichten suchte.

Daß die Anmaßung des Almendregals nicht ohne den Widerstand der Untertanen vor sich ging, ist zu vermuten, geht aber auch aus den Darlegungen W.s hervor. Es ist interessant, zu sehen, wie auf der „Idee des landesfürstlichen Eigentums an der Almend“ fußend, der Landesfürst und die Untertanen zu ganz gegensätzlichen Anschauungen gelangten. „Das landesfürstliche Amtsrecht baute auf dem landesfürstlichen Eigentum an der Almend allmählich ein finanziell nutzbares Regal auf, während das in den Weistümern überlieferte Recht aus dem herrschaftlichen Almendeigentum den Anspruch auf gemeine Nutzung . . . herleitete.“ Um so mehr aber überrascht es, daß von den Untertanen „grundsätzlich gegen das Bestehen eines landesfürstlichen Almendregals auch in späterer Zeit . . . kein Einspruch erhoben worden“ ist. Dies um so mehr, als die Mittel, insbesondere die Strafen, mit denen das Regal durchgesetzt wurde, durch ihre Schärfe reizen mußten.

Die klar und flüssig geschriebene Untersuchung bildet insbesondere wegen des reichen darin verwendeten Materials einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Regalien und des Übergangs der königlichen Hoheitsrechte in landesherrliches Recht, und es ist nur zu wünschen, daß, was hier W. für Tirol und schon früher Miaskowski und Rennefahrt für Schweizer Gebiete geleistet haben, auch für den andern Teil des Rechtsgebietes noch getan wird.

München.

v. Schwerin.

Franz Gutmann, Die soziale Gliederung der Bayern zur Zeit des Volksrechtes. (Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar zu Straßburg. Heft XX.) Straßburg 1906. 330 Seiten.

Die vorliegende Arbeit, hervorgegangen aus der Schule Wittichs, beschäftigt sich mit der Frage, ob der freie Bayer zur Zeit des Volksrechtes, der bayrische „Vollfreie“, Grundherr war oder Eigenbauer. Das Ergebnis ist: „Der Vollfreie . . . ist . . . Grundherr“ (S. 284). Ge-